

Gedankenspiele des Währungsfonds

Die Neudefinition des biblischen Steuerzehntels

5.11.2013



Der Währungsfonds erregt mit Gedankenspielen die Gemüter. (Bild: Keystone / AP)

Der Internationale Währungsfonds sorgt mit einigen Zeilen in einem Bericht für Furore: Mit einer Abgabe von 10 Prozent auf Privatvermögen könnten Staaten ihre Schulden deutlich reduzieren. Die Idee ermuntert zu einem Rechenspiel für die Schweiz.

hus. Bern Die Schweizer erachten die relativ gute Position ihres Landes viel zu oft als selbstverständlich. Wie ernst die finanzielle Lage vieler anderer Länder ist, dokumentierte der Internationale Währungsfonds (IMF) dieser Tage mit seinem neusten Fiskalbericht. Demnach dürfte die Staatsverschuldung der Industriestaaten heuer im Mittel brutto fast 110 Prozent der Wirtschaftsleistung erreichen und netto knapp 80 Prozent. Die Schweiz liegt bei 48 Prozent brutto und 28 Prozent netto.

Für Aufregung sorgte der rund 100-seitige IMF-Bericht aber vor allem mit einem knapp 30-zeiligen Textkasten. Dieser spielte mit dem Gedanken, dass Staaten mit einer einmaligen Abgabe auf den Privatvermögen der Haushalte die Schulden reduzieren könnten. So rechnete der IMF vor, dass 15 untersuchte Euro-Länder mit einer Abgabe von durchschnittlich etwa 10 Prozent ihre Verschuldung wieder auf das Vorkrisenniveau (Ende 2007) drücken könnten. Das wäre dann so etwas wie eine Neudefinition des biblischen «Zehnten». Der IMF verwies auch auf die «überraschend» vielen Erfahrungen mit solchen einmaligen Spezialabgaben,

habe es diese doch in Europa nach dem Ersten Weltkrieg weitherum gegeben sowie in Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg.

Nach einem breiten Aufschrei über drohende «Zwangsabgaben» bzw. «Enteignungen» sah sich der IMF gezwungen, zu betonen, dass es sich nicht um eine Empfehlung handle, sondern nur um ein Gedankenspiel. Aus Schweizer Sicht bietet sich das Weiterspinnen dieses Gedankenspiels an. Laut Nationalbank verfügen die privaten Haushalte in der Schweiz über ein Nettovermögen von total rund 2800 Milliarden Franken. Mit einem «Zehnten» käme also der Fiskus auf einmalige Einnahmen von etwa 280 Milliarden Franken. Das würde gerade etwa reichen, um die gesamten Bruttoschulden der öffentlichen Hand zu tilgen. Doch übermütig sollten die Schweizer deswegen nicht werden, denn auch hierzulande orten Ökonomen wie anderswo eine grosse «Nachhaltigkeitslücke» angesichts kommender Kostensteigerungen für Altersvorsorge und Gesundheitswesen.

Also doch auch für die Schweiz eine Zwangsabgabe des «Zehnten» auf allen Privatvermögen? Man kann der Idee zugutehalten, dass sie ehrlicher ist als die indirekte Zwangsenteignung via Inflation. Allerdings enthält sogar der vielkritisierte Textkasten im IMF-Bericht genügend Futter für Skeptiker – mit dem Hinweis, dass sich mit früheren «einmaligen» Zwangsabgaben die Staatsschulden nicht wirklich senken liessen, da die Diskussionen im Vorfeld massive Kapitalflucht ausgelöst hätten.

Der IMF-Bericht enthält auch noch ein paar andere bemerkenswerte Passagen. Dazu zählt etwa jener Hinweis, wonach die Schweiz eines der wenigen Länder ist, in denen die Ungleichheiten der verfügbaren Einkommen seit den 1980er Jahren nicht zugenommen, sondern abgenommen haben.

Eine Einladung zu weiteren Kontroversen verteilte der IMF mit Hinweisen zu den «ertragsmaximierenden» Spitzensteuersätzen – als ob es bei den Steuersätzen nur um die Ertragsmaximierung für den Staat ginge. Der Bericht deutete an, dass bei den Spitzenverdienern in einigen Ländern noch mehr zu holen ist. Den «ertragsmaximierenden» Spitzensteuersatz für die Schweiz sieht der IMF zwischen 55 und 70 Prozent der Einkommen (den effektiven Spitzensatz schätzt er auf knapp 50 Prozent). Da kommt der biblische «Zehnte» bei weitem nicht mehr mit.